

figur. Kubitschek hingegen griff früh die Wirtschaftsliberalen an und sah Björn Höcke als seinen Schüler (S. 189). Während Kubitschek das Erstarken des „Flügels“ um Björn Höcke begrüßte, bedauerten die Publizisten in der Jungen Freiheit den Rücktritt Henkels, da so die Führungs- und Integrationsrolle der AfD im bürgerlichen Lager verloren ginge (S. 197). Großer Unterstützung konnte sich der Flügel um Björn Höcke von Anfang an bei den Jungen Alternativen (JA) sicher sein, wie Anna-Lena Herkenhoff erläutert. Die Jugendorganisation der AfD hatte weniger die bürgerliche Mitte im Blick, auch wenn sie sich selbst das Motto „Verstand statt Ideologie“ gab (S. 201). Insbesondere zu Gruppierungen des extrem rechten Milieus gab es früh Kontakte. Abgerundet wird der Sammelband von einem kurzen Einblick in die Brandenburgische AfD von Christoph Kopke und Alexander Lorenz sowie einem Ausblick des Herausgebers Alexander Häusler zur Erforschung der AfD. Wie bei jedem Sammelband zeigt sich auch hier, dass die Qualität der Beiträge stark schwankt. Trotz der durchaus normativen Färbung vieler Beiträge ist der Sammelband lesenswert. Die Stärken zeigt er insbesondere dort, wo die Verknüpfungen der AfD zu Interessengruppen und ihre gesellschaftliche Verwurzelung aufgezeigt werden. Hier leistet der Sammelband schon früh eine Aufklärungs- und Informationsarbeit, wie sie medial einer größeren Öffentlichkeit erst kürzlich durch das journalistisch geprägte Werk von Melanie Amann² bekannt wurde. Die Lektüre des Sammelbandes eignet sich für alle, die die Entwicklung der AfD auf Basis fundierter und detaillierter Informationen verstehen wollen.

Dr. Simon T. Franzmann

Koschmieder, Carsten: Partizipation in der Piratenpartei. Die Schattenseiten einer sonnigen Utopie, Barbara Budrich, Opladen 2016, 188 S., ISBN 978-3-8474-0515-3, € 39,90.

Die Piratenpartei erscheint angesichts der vielbeschriebenen Fluidität ihres Personals und ihrer Strukturen sowie der mittlerweile dramatisch schwindenden Wähler- und Mitgliederzahlen als Forschungsgegenstand kaum empirisch greifbar. Das erschwert eine tiefer gehende Analyse ihrer Organisationsstrukturen und Erfolgsbedingungen, die über Deskriptionen und anekdotische Evidenzen hinausgehen würde – auch wenn es durchaus Versuche gibt (u.a. Appelius/Führer, Das Betriebssystem erneuern:

² Melanie Amann 2017. Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert. München: Droemer.

Alles über die Piratenpartei, 2012; Bieber/Leggewie, Unter Piraten, 2012; Niedermayer, Die Piratenpartei, 2013). Carsten Koschmieder hat sich in seiner vergleichsweise kurzen politikwissenschaftlichen Dissertationsschrift dieser Herausforderung dennoch gestellt. Denn sowohl die Parteienforschung als auch andere Parteien könnten vom Scheitern der Piratenpartei lernen, so Koschmieder. Er fragt danach, wie die innerparteiliche Partizipation in der Piratenpartei funktioniert bzw. eben nicht funktioniert. Dieses Erkenntnisinteresse wird auf drei Dimensionen heruntergebrochen: die Nutzung der Partizipationsmöglichkeiten durch die Mitglieder, die Hemmnisse der Funktionalität (gemeint sind hier technisch-administrative, psychologische und intellektuelle) sowie die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die innerparteiliche Partizipation (S. 14).

Theoretisch macht der Autor zwei Anknüpfungspunkte aus: Zum einen die Diskussion um die (Un-)Möglichkeit innerparteilicher Demokratie in Anlehnung an Michels, zum anderen die politische Partizipationsforschung mit ihrer Analyse individueller Faktoren zur Erklärung von Ungleichheiten in der Partizipation. Koschmieder sieht vor diesem Hintergrund eine Forschungslücke hinsichtlich der Analyse von Partizipationsfaktoren und sozialer Ungleichheit *innerhalb* von Parteien, zu der seine Dissertation einen Beitrag leisten möchte (S. 13). Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit verschiedenen Paradigmen und Befunden aus der Forschung zu diesen beiden Strängen fasst Koschmieder am Schluss von Kapitel 2 seine Vorgehensweise zusammen: Er fokussiert auf solche innerparteiliche Partizipation, die auf die parteiinterne Entscheidungsfindung gerichtet ist, und systematisiert diese nach der Frage „wo, auf welcher Ebene, von welchem Gremium oder welchem Akteur eine Entscheidung getroffen wird“ (S. 28). Als solche „Entscheidungsorte“ unterscheidet er Parteitage, Fraktionen und die Parteibasis (S. 42). Die Auseinandersetzung mit den theoretischen Anknüpfungspunkten bleibt allerdings recht oberflächlich; es werden keine konkreten forschungsleitenden Annahmen abgeleitet.

In Kapitel 3 widmet sich der Autor dann seinem konkreten Gegenstand, der Piratenpartei. Koschmieder umreißt Entstehung, Entwicklung und Grundpositionen der Partei sowie ihre theoretischen Konzepte und Angebote innerparteilicher Partizipation. Im Anschluss stellt er die von ihm angewendeten Methoden vor (Kapitel 4). Seine empirische Analyse stützt sich demzufolge auf Beobachtungen bei Parteitreffen und Parteitagungen, einer schriftlichen Umfrage unter

den anwesenden Mitgliedern auf einem Parteitag, Interviews mit den Mitgliedern der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sowie Dokumentenanalysen. Diese methodische Bandbreite mit qualitativen und quantitativen Zugängen verspricht „sonnige Aussichten“, ermöglicht ein solches Vorgehen doch einen vielschichtigen und umfassenden Blick auf den Untersuchungsgegenstand. Drei blinde Flecken trüben dabei allerdings das Bild: Erstens erfährt der Leser nichts über die Systematik und die Begründung der Auswahl der Interviewpartner, der Dokumente und der „zahllosen Veranstaltungen der Piratenpartei“ (S. 88), die als Beobachtungskontexte dienten. Zweitens bleibt Näheres über die Ausgestaltung der eingesetzten Erhebungsinstrumente unklar. Auch wenn das Fehlen eines Anhangs mit Beobachtungsbogen, Interviewleitfaden und Fragebogen redaktionellen Gründen geschuldet sein mag, hätte man sich als Leser im Methodenkapitel (oder spätestens im Ergebnisteil) zumindest die Darstellung konkreter Analysekategorien gewünscht. Drittens werden das Zusammenwirken und die Gewichtung der einzelnen methodischen Zugänge nicht geklärt. Insgesamt lässt sich das methodische Vorgehen daher leider kaum nachvollziehen und die Güte und Verallgemeinerungsfähigkeit der Ergebnisse nur schwer bewerten.

Die methodische „Schattenseite“ der Arbeit wird leider auch in den folgenden Ergebniskapiteln nicht ausreichend erhellt. Koschmieder betrachtet entsprechend der vorher aufgestellten Systematik verschiedener Entscheidungsorte die Partizipation an Entscheidungen auf Parteitag (Kapitel 5), die Online-Partizipation an verbindlichen Entscheidungen (Kapitel 6) sowie Partizipation an den Entscheidungen der Fraktion (Kapitel 7) und untersucht jeweils die quantitative Nutzung der jeweiligen Partizipationsmöglichkeiten, die Partizipationshemmnisse sowie die Auswirkung der sozialen Ungleichheit auf die Nutzung der Partizipationsmöglichkeiten.

Zur Partizipation an Parteitagen stellt Koschmieder fest, dass im Durchschnitt etwa 3,5 Prozent der Mitglieder an den Parteitagen 2013 und 2014 teilgenommen haben, obwohl diese als Mitgliederversammlungen allen Piraten offen standen. Zudem schwanke der Anteil zwischen den verschiedenen Landesverbänden stark, wie Koschmieder am Beispiel des Bundesparteitages in Bremen 2013 illustriert (S. 99 f.). Als Hemmnisse für die auf den Parteitagen anwesenden Parteimitglieder identifiziert er die mangelnde Vorbereitung, die aufgrund der hohen Zahl an zu verhandelnden Anträgen auch von den meisten Mitgliedern nur schwer zu bewältigen wäre, sowie den Einfluss

der Parteiführung auf den Ablauf der Parteitage und die komplizierten Abstimmungsverfahren (S. 104-111). Die Analyse der sozialen Ungleichheit hinsichtlich der Teilnahme an Parteitagen fokussiert vor allem auf die für die Anreise und den Aufenthalt nötigen finanziellen Ressourcen der Mitglieder, die laut Koschmieder zu einer ungleichmäßigen Teilnahme verschiedener sozialer Gruppen führten.

Nur sehr geringe Nutzerzahlen findet Koschmieder ebenso für die Beteiligung an Online-Abstimmungstools. Als Partizipationshemmnis für eine Beteiligung über die Online-Plattform „LiquidFeedback“ (LQFB) konstatiert er: „Ein Grund für die Entscheidung vieler Parteimitglieder, sich nicht zu beteiligen, ist die mangelnde Verbindlichkeit der beschlossenen Anträge“ (S. 128). Darüber hinaus würden viele Mitglieder die Online-Beteiligungsmöglichkeiten an sich oder zumindest ihre Umsetzung kritisch sehen. Leider bleibt unklar, auf welche Datengrundlage Koschmieder sich hier stützt. Hinsichtlich der Analyse der sozialen Ungleichheit bei der Online-Beteiligung gesteht Koschmieder dann auch ein, keine eigenen Daten vorweisen zu können. Er beruft sich stattdessen auf eine Untersuchung von Mario Datts im Berliner Landesverband, die eine Korrelation zwischen sozioökonomischen Status und Aktivitätsniveau feststellt.

Für die Beteiligung der Parteibasis an der Fraktionsarbeit betrachtet Koschmieder die Berliner Fraktion und stellt hier zunächst vergleichsweise hohe Beteiligungsraten an Abstimmungen über das Verhalten der Fraktion fest, die über LQFB organisiert wurden. Diese sanken im Zeitverlauf aber stark (S.143 f.). Als Beteiligungshemmnisse identifiziert Koschmieder Konflikte innerhalb der Fraktion über den Grad der Transparenz ihrer Entscheidungsfindung und ein Informationsdefizit bei den Mitgliedern sowie ein nachlassendes Interesse sowohl der Parteibasis als auch der Abgeordneten. Zur sozialen Ungleichheit bei der Partizipation an der Fraktionsarbeit liegen Koschmieder keine Daten vor.

Trotz der erwähnten methodischen Schwächen und der teilweise recht dünnen empirischen Basis seiner Ergebnisse ist Koschmieder anzurechnen, dass er sich über einen Zeitraum von fast sechs Jahren sehr intensiv mit der Piratenpartei auseinandergesetzt hat und dadurch Einblicke in das Innenleben der Partei mit einer nötigen wissenschaftlichen Distanz gewähren kann. Er kommt zu dem Schluss, dass auch in der Piratenpartei altbekannte Probleme und Hemmnisse innerparteilicher Partizipation zu finden sind und Online-Partizipation kein Allheilmittel ist, um soziale Ungleichheiten und Informationsdefizite bei der

politischen Beteiligung zu überwinden. Dabei lässt er allerdings offen, ob nicht womöglich gerade die besonderen Ausprägungen der innerparteilichen Partizipation und die damit verbundenen nicht eingelösten Versprechen (mit-)ursächlich für das Scheitern der Piratenpartei sein könnten.

Insgesamt bietet Koschmieders Arbeit einen weiteren Anknüpfungspunkt für die Diskussion, wie sich die Ansprüche an Transparenz und Partizipation einerseits und an Komplexität und Effizienz andererseits bei innerparteilichen Entscheidungsfindungen austarieren lassen und Parteien wieder attraktivere Orte politischen Engagements für Bürger werden können.

Nadja Wilker, M.A.

Schliesky, Utz/Schulz, Sönke E./Gottberg, Friedrich/Kuhlmann, Florian (Hrsg.): Demokratie im digitalen Zeitalter. Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter, Nomos, Baden-Baden 2016, 138 S., ISBN 978-3-8487-3576-1, € 36.

Die Herausgeber zielen mit dem Werk *Demokratie im digitalen Zeitalter* darauf ab, das Demokratieverständnis des Grundgesetzes an der sich verändernden, mehr und mehr digitalen, Wirklichkeit neu zu vermessen. Konkret bezieht sich ihre Analyse auf den Einfluss, den die „technisierte Informationsgesellschaft“ (BVerfGE 125, 175 (224)) nimmt auf: erstens die Wahl, als konstituierenden Akt repräsentativer Demokratie, zweitens den Abgeordneten und die Freiheit des Mandats sowie drittens das Parlament. Ihre Argumentation stützt sich auf ein Verständnis von Demokratie als Staatsform.

Zu Beginn steht die Annahme, aus Art. 79 III GG ergebe sich, vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und technologischen Wandels, die „verfassungsrechtliche Forderung“ nach einer kontinuierlichen Fortentwicklung grundlegender Demokratie- und Legitimationskonzepte. Grenzen dieser Evolution ergäben sich allerdings aus einem materiell verstandenen Republikprinzip, welchem ein unveränderlicher „Gemeinwohletos“ zugrunde liege, der die Gemeinwohlorientierung allen staatlichen Handelns unantastbar mache.

Einleitend geht *Utz Schliesky* auf das Konzept der Volkssouveränität als Kerninhalt der Demokratie ein und betont, dass die eng damit verbundenen Konzepte von Legitimität und demokratischer Legitimation – unter dem prägenden Einfluss *Böckenfördes* und *Herzogs* – maßgeblich durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entwickelt wurden. Kritisches hinterfragt er, ob in der pluralen, heterogenen,

offenen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die (fiktive) Voraussetzung eines einheitlichen Volkswillens für staatliche Herrschaftsausführung nicht ebenso überholungsbedürftig sei wie auch die Verknüpfung von Volkszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit. Im gleichen Atemzug gibt er zu bedenken, dass gerade das deutsche Verwaltungsrecht – welches Verfahren zur Legitimation exekutiver Entscheidungen regele – durch hierarchische Strukturen, formal geregelte Zuständigkeiten und klar abgrenzbare Verfahren geprägt ist. Im Gegensatz dazu stehe das unbegrenzte, vernetzte System des Internet, für dessen Einsatz durch die Verwaltung (gerade außerhalb der positiv geregelten Verfahren) derzeit wenig Spielraum bestehe. Schließlich geht er auf die gravierende Strukturveränderung parlamentarischer Öffentlichkeit durch die Digitalisierung ein und reißt Chancen und Risiken derselben für den Fortbestand und die Fortentwicklung der Demokratie an.

Den auf diesen allgemeinen Beitrag folgenden drei Kapiteln zu Wahlen, Abgeordneten und Parlament sind jeweils einige kurze Fälle vorangestellt, deren Lösung am Kapitelende nachzulesen ist.

Zu der Möglichkeit digitaler Wahlen geht *Sönke E. Schulz* zunächst auf das dazu grundlegende Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2009 ein. Ausgangspunkt für eine zulässige Wahl mit Hilfe elektronischer Mittel ist danach die Nachvollziehbarkeit für den Stimmberechtigten, dass seine Stimme unverfälscht Eingang in die Auszählung findet, wohingegen blindes Systemvertrauen nicht ausreichend ist (BVerfGE 123, 39 (72)). Anschließend untersucht der Verfasser die einzelnen Wahlrechtsgrundsätze auf ihre Vereinbarkeit mit einer Online-Wahl und stellt fest, dass sich für Abstimmungen im Internet keine wesentlichen Unterschiede bei der Beurteilung ihrer verfassungsrechtlichen Zulässigkeit ergeben. Dieses sehr kurze Kapitel stellt altbekannte Argumente gegenüber – insbesondere in Bezug auf die Besonderheiten der Briefwahl – sodass die Darstellung zwar im Ansatz kontrovers, in der Bilanz aber durchweg vorhersehbar verläuft. Leider positioniert der Verfasser sich weder eindeutig, noch gelingt es ihm, die Debatte um signifikante, neue Gedanken zu erweitern.

Erfrischend an der anschließenden Darstellung *Florian Kuhlmanns* zum freien Abgeordnetenmandat ist seine sorgsame Herausarbeitung des Verhältnisses von Partei, Fraktion und Abgeordnetem, in der er vor allem auf die charakteristische Besonderheit von Parteien als „Tendenzorganisationen“ eingeht. Im zweiten Teil des Kapitels zeigt er die veränderte Wirklichkeit für die Tätigkeit des einzelnen Abgeordneten